

Haushaltsrede FDP 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren vom Rat und von der Presse, liebe Bürgerinnen und Bürger !

Ich spreche jetzt zu Ihnen über den Haushaltentwurf 2017 und Sie hören mir zu. Ich hoffe, wir enden zur gleichen Zeit.

Wir Ratsmitglieder geben heute unsere Meinung und Entscheidung zu dem Haushaltsentwurf der Verwaltung für das Jahr 2017 bekannt. Anders als im Vorjahr bleiben die Pferde im Stall und eigentlich gibt es auch keinen Anlaß, in der politischen Vergangenheit mit personellen Auf- und Abrechnungen zu verweilen, weil die Gegenwart genügend Schwierigkeiten mit sich bringt, deren Beseitigung den vollen Einsatz des Rates und des einzelnen Ratsmitglieds gebietet. Der Rat kann sich deshalb heute direkt und sachlich mit dem Entwurf auseinandersetzen.

Die FDP hat in diesem Rat keine direkten Gestaltungsmöglichkeiten, auch wird sie selten oder gar nicht von den anderen in solche einbezogen. Gerade deshalb kann und muß sie als gewählte politische Kraft sachbezogen und kritisch sich mit den Vorgängen in Stadt und Rat auseinandersetzen und ist nur dem Wahlbürger gegenüber verantwortlich.

Die Vorzeichen für eine einheitliche Meinungsbildung sind günstig, weil die Kennzahlen sich ohne Zutun der Verwaltung positiv entwickelt haben, sozusagen ein Lottogewinn ohne Teilnahme an der Lotterie. Nun heißt es , mit diesem nicht eingepflanzten Geschenk wirtschaftlich und politisch vernünftig umzugehen.

Deshalb ist ein kurzer Rückblick auf die Haushaltsgestaltung des vergehenden Jahres und einer ihrer wesentlichen Teilpläne erlaubt und geboten . Ich spreche von den Erhöhungen der Realsteuern Grundsteuern A und B, die seinerzeit mit Zustimmung einer Mehrheit im Rat durchgesetzt wurden.

Ich habe damals dafür geworben, den Haushalt erst im März 2016 zu verabschieden, weil man zu diesem Zeitpunkt eine bessere Einschätzung über die Einnahmesituation habe. Dieser Vorschlag wurde ohne nachvollziehbare Gründe abgelehnt, und so blieb es bei der Steuererhöhung.

Bereits im Januar dieses Jahres erklärte der Kämmerer, dass man Gewerbesteuermehrereinnahmen von über einer Million Euro habe. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache wäre eine Erhöhung der Realsteuern unnötig

gewesen, was man bei einer zeitlichen Verschiebung der Ratsentscheidung über den Haushalt hätte berücksichtigen können. Bei dieser zeitlichen Abfolge sei zumindest die Frage erlaubt, wann die Kämmerei von Mehreinnahmen Kenntnis erlangt hat. Daß für das Jahr 2017 lt. Haushaltsentwurf auf Steuererhöhungen verzichtet wird, entbehrt nicht einer gewissen Ironie.

Soviel zu den Vorgängen im letzten Jahr, auf die wir in dieser oder ähnlicher Form getrost verzichten können. Wenn man großzügig sein will, könnte man sagen, dass mit dieser Handhabung dem Prinzip übermäßiger Vorsicht gefolgt wurde, um ja nicht in die Gefahr einer Haushaltssicherung zu kommen, aber auch mangelnder Sparwille hat kräftig mitgeholfen, die Steuererhöhungen zu rechtfertigen.

In diesem jetzt zur Verabschiedung anstehenden Haushalt findet sich mangelnder Sparwille erneut wieder und man hat im Ausgabenhaushalt fast unverändert vor dem Hintergrund der erhöhten Einnahmen diesen Haushalt hoffnungsfroh gestaltet, wobei das Prinzip Hoffnung im persönlichen Leben als philosophische Maxime durch aus seinen Platz hat, im wirtschaftlichen, faktengestützten Handeln eher etwas fremdelt, um nicht zu sagen, dort nicht hingehört. Wie man weiß, ist die Hoffnung der Tod, zumindest aber der Feind des Kaufmanns.

So schlimm muß es nun nicht unbedingt kommen, aber die Einplanung von vier Millionen Mehreinnahmen ist schon sehr gewagt, zumal im Haushalt bisher keine Rückfalllinie aufgezeigt wird, wenn dieses Ziel deutlich verfehlt werden sollte. Gewagt allein deshalb, weil nach dem Ausgang der US-Wahlen und dem Brexit es erste Anzeichen für schwächere Wirtschaftsdaten gibt. Auch die Wahlen in NRW und im Bund können zu wirtschaftlicher Unruhe und Einbußen führen, was bei der politischen Großwetterlage durchaus wahrscheinlich ist. Natürlich kann und müsste man in dem Fall einer völligen Fehleinschätzung über die Höhe der Einnahmen einen Nachtragshaushalt aufstellen und das Eigenkapital weiterhin verbrauchen, was im übrigen auch bei dieser optimistischen Planung geschieht.

Das führt zur grundsätzlichen Bemerkung zu der generellen Struktur des Haushalts. Auch die jetzige bis 2020 fortgeschriebene Haushaltsplanung lässt nicht erkennen, wie man unter Schonung des Eigenkapitals einen

ausgeglichenen Haushalt erreichen will. Wir haben heute eine Momentaufnahme des wirtschaftlichen Umfeldes, die nicht dazu verleiten sollte ,auf haushalterische Prinzipien zeitweilig zu verzichten. Zwar weist der Kämmerer auf die keineswegs gesicherten Einnahmen in der Zukunft hin. Dem trägt der Haushalt allerdings nur bedingt Rechnung.

Ein strukturell ausgeglichener Haushalt weist nicht nur die berühmte „schwarze Null „ auf, sondern greift auch das Eigenkapital nicht an. Davon sind wir nach wie vor deutlich entfernt, wir benötigen weiterhin Geld aus der Reserve, wenngleich nach der Planung wesentlich weniger als in den Jahren zuvor. Diese Planung geht allerdings nur auf, wenn die angenommenen Prämissen, nämlich steigende Steuereinnahmen, zutreffen. Schon kleinere Abweichungen ändern dieses Bild.

Das Vorsichtsprinzip müsste dieser Unsicherheit Rechnung tragen und auf der Ausgabenseite Einsparungen vorsehen. Diese vermag ich jedoch im nennenswerten im Entwurf nicht zu finden, es wird weiter verfahren wie bisher und auch so, als habe es die Einrichtung einer Haushaltsarbeitsgemeinschaft nicht gegeben oder anders ausgedrückt, der Verwaltung war es wesentlich gleichgültig, was dort erörtert wurde, hat sie doch als Herrin über das gesamte Zahlen – und Faktenwerk selbst wenig Einblick in die Einsparpotentiale gegeben. Haushaltspolitik ist keine Momentaufnahme mit kurzer Reaktionszeit, sondern ein langer strukturierter Vorgang, den ich schon seit einigen Jahren vermisste.

Vielmehr wird im begleitenden Text zum Entwurf versucht, den Eindruck zu erwecken und zu befestigen, dass Rietberg im Vergleich zu ähnlich großen Städten gut dastehe und man dann wohl so weitermachen könne wie bisher, man habe ja im Vergleich mit den anderen alles im Griff . Das scheinen auch die Zahlenwerke zu belegen. Aber sollen wir z.B. denn stolz darauf sein, dass wir in einem Bundesland, das in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht die Rote Laterne trägt, bei der Pro-Kopf-Verschuldung bei etwa einem Drittel im Vergleich zu anderen Kommunen liegen ? Den Maßstab für unser Handeln finden wir doch nicht Lippstadt, Ennepetal oder Warendorf oder sonst wo in NRW, nein, wir müssen uns vor Ort fragen, ob wir denn mit unserer Leistung zufrieden sein können, mit der wir uns der Zukunft stellen. Das gilt auch für die Transferaufwandsquote, die Personalintensität und die Zuwendungsquote. In all diesen Vergleichen schneidet Rietberg besser ab als die anderen und warum ? Weil wir eine bis zu 10% und darüberliegende Steuerquote gegenüber den Vergleichsgemeinden haben, die für eine größere Unabhängigkeit von staatlichen Transferleistungen im Wege des Finanzausgleichs sorgt.

Und trotz dieser eigentlich komfortablen Lage schaffen wir es nicht, einen ausgeglichenen Haushalt zu verabschieden und für schlechtere Zeiten, in denen die Steuereinnahmen nicht mehr so sprudeln, vorsorgen. Ist das mangelndes Wollen, eine Art Selbstzufriedenheit, ein gegenseitiges Schulterklopfen oder fehlender Mut, die Unausgewogenheit des Haushalts zu beseitigen? Die solide wirtschaftliche Ausgangslage sollte nicht nur Anlaß zur zeitlich begrenzten Beruhigung sein, sondern einen Schub zum Handeln geben. Und der könnte sich in Gestalt einer flexibleren Haushaltspolitik manifestieren.

Das Schieben von Aufwandspositionen in einen der nächsten Haushalte, das Zurückstellen nicht dringender Investitionen, das Umschichten von nicht genutzten Positionen in den Teilfinanzplänen und die auch im Haushalt verankerte Gewichtung und Priorisierung von Schlüsselinvestitionen sowie die Möglichkeit des Einbringens eines Nachtragshaushalts bieten genügend kreative Möglichkeiten, den Haushalt ausgeglichen zu verabschieden. Nur um Missverständnissen vorzubeugen: es geht nicht um eine formale „Schwarze Null“ oder einen ebenso zu definierenden Ausgleich. Es geht um eine realitätsnahe Widergabe des Haushaltsgebarens dieser Gemeinde und um eine angemessene Haushaltsstruktur.

Um durch einige Beispiele konkret zu werden: es ist nicht erforderlich, schon jetzt mehr als sechs Millionen für die Umgestaltung des Schulzentrums in den Haushalt einzustellen, nachdem auf Grund vielfältiger, noch nicht ausgereifter Vorschläge eine angemessene endgültige Lösung planungssicher noch lange auf sich warten läßt. Daß etwas mit dem Schulzentrum geschehen muß, ist klar. So lange ich allerdings keine Klarheit habe, muß ich auch nur das allernötigste in die Wege leiten, um Klarheit zu erreichen. Daß mir die kostenintensive Folge von Entgiftung und späterem Abriß eines Gebäudes wie ein Schildbürgerstreich vorkommt, sei nur am Rande erwähnt.

Kommen wir zu den ebenfalls im Entwurf befindlichen Investitionskosten für die Errichtung eines Parkdecks am Torfweg im Zusammenhang mit dem City Outlet, die sich über die Jahre (bis 2020) auf mehr als 4 Millionen summieren. Mit dem Outlet ist es wie mit Schrödingers Katze. Bei diesem gedanklichen Versuch des Physikers kann die Katze, die in einem verschlossenen Kasten sitzt, gleichzeitig tot und lebendig sein, ihren wirklichen Zustand kann man erst feststellen, wenn man das Experiment beendet und die Parameter ausweist. So geht es mit dem Outlet, und so lange seine Realisierung nicht sicher ist, sollte man auch die Haushalte nicht damit belasten. Notfalls, wenn das Ereignis dann

stattfindet, hat man immer noch genügend Vorlauf und kann in einem sicher von allen Parteien getragenen Nachtragshaushalt alles weitere regeln.

Ich habe nur diese beiden Beispiele gewählt ,um zu zeigen, dass schon bei Berücksichtigung dieser Überlegungen wir einen ausgeglichenen Haushalt verabschieden könnten. Daß es noch weitere echte Einsparmöglichkeiten gibt, zeigt die Diskussion über Notwendigkeit und genaue Größe des geplanten Parkplatzes am Torfweg, die Kosten für diverse Planungen und Gutachten. Dazu zählt im weitesten Sinne auch die Subventionierung des Gartenschauparks für die nächsten fünf Jahre, die die nächsten Haushalte belasten. Bei der Gestaltung der Unterkünfte für Flüchtlinge sollte man kostenmäßig Augenmaß walten lassen. Sie sollten sich im Rahmen dessen bewegen, was wir auch sonst in diesen Bereichen für alle Bewohner dieser Stadt tun würden.

Das Prinzip der Vorsicht auch für das kommende Jahr gebietet es, alle Informationsmöglichkeiten über die künftige wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen. Dazu gehören Investitionen in die technische Zukunft wie Glasfaser, die notfalls kostenmässig auch von der Stadt unterstützt werden sollten. Dazu gehört insbesondere der Erwerb von Grundstücken zur Ansiedlung von Industrie und Familien. Hier ist man auf einem guten Weg, und ich wäre froh, wenn man auch in anderen Bereichen so erfolgreich wäre.

Wichtig bei diesen Überlegungen ist es , endlich mit dem Klagen über die ungerechten Transferleistungen insb. die Kreisumlage aufzuhören. Der Hinweis darauf ist wohlfeil, allerdings ist die Kreisumlage für alle Gemeinden im Kreis verbindlich, andererseits ist sie bezogen auf Rietberg prozentual zur Einnahmenseite nahezu konstant geblieben und genaugenommen geht sie in 2017 gegenüber 2016 um 2,54 % zurück . Die Stadt kann froh sein, sich durch Zahlung einer wenn auch nicht unbeträchtlichen Summe aus der Jugendarbeit zu verabschieden, die, wie man weiß, ein Faß ohne Boden sein kann. Was daraus folgt : die örtliche Politik sollte es sich bei der Diskussion nicht so leicht machen und stets die Unbill bei anderen suchen. Unsere Haushaltsdefizite sind haus- und damit selbst gemacht.

Vorsicht im vorgenannten Sinne bedeutet für mich nach wie vor, die Verabschiedung des Haushalts so weit wie rechtlich möglich in das nächste Jahr zu verlegen, um mehr Prognosesicherheit zu erlangen. Das ist kein Hobby von mir und auch kein ceterum censeo, sondern ist mittlerweile der Erfahrung aus dem letzten Jahr geschuldet, auf deren Wiederholung ich getrost verzichten kann. Ich möchte als Ratsherr über den Haushalt in voller Kenntnis aller

erheblichen Umstände ,auch solche außerhalb des Haushalts, entscheiden und nicht von bereits stattgefundenen Entwicklungen kurz nach Verabschiedung des Haushalts noch in diesem Jahr in Kenntnis gesetzt werden, sozusagen als alternativloses Faktum. Man hätte dieses Dilemma durch Verabschiedung von Haushaltseckwerten vermeiden können. Die Ablehnung dieses Vorschlags durch die HaushaltsAG war weder sachgerecht noch war die ausführliche Begründung durch die Verwaltung nachvollziehbar.

Vor dem Ende noch eine Kleinigkeit, die eher zum Schmunzeln geeignet ist. Bei den enormen Geldleistungen an Ratsmitglieder und Fraktionen müssen wir uns wohl mit einer Überschreitung der eingeplanten Mittel anfreunden, weil nach der geänderten Rechtslage zur Entlohnung ehrenamtlicher Tätigkeiten diese Mittel nicht ausreichen werden. Der Bürger kann aber beruhigt nach Hause gehen : mit dieser Überschreitung der Haushaltsposition droht keine Haushaltssicherung.

Ich hätte Ihnen allen lieber eine andere Sicht der Dinge geschildert, aber da die Tatsachen im Ausgabenbereich im Vergleich mit dem Vorjahr keine wesentlichen Änderungen erkennen lassen, ändern sich auch die Gründe und Formulierungen meiner Vorbehalte nicht. Der kleine aber wichtige Unterschied liegt allerdings in der diesjährigen grundsätzlichen Kritik an der Gestaltung des Haushalts und an der Haushaltspolitik.

Dieser Entwurf hätte das „opus magnum“ des Kämmerers werden können, es ist ein solches mit Schönheitsfehlern. Aber dass doch eine gewisse Altersmilde bei den einzelnen Ansätzen zu beobachten ist, spricht wiederum für ihn, der uns leider im Laufe des kommenden Haushaltsjahres verlässt, was ich aus fachlicher und menschlicher Perspektive bedauere.

Und kurz vor Ende meiner Rede noch ein verfahrenstechnischer Hinweis. Der Haushaltsentwurf ist jedes Jahr ein Werk von nahezu 400 Seiten. Um alles darin Enthaltene so zu durchdringen, dass man den Kenntnismittelstand der Verwaltung durch eigene Kenntnis ausgleichen kann, ist in den vier Wochen, die zwischen Einbringung und Verabschiedung des Haushalts liegen, kaum möglich. Wer von sich anderes behauptet, hat das ganze Werk in seinen Einzelheiten zuzüglich der Online-Informationen nicht durchdrungen. Schon diese Tatsache spricht für eine Verabschiedung des Haushalts im März nächsten Jahres.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Rates, auf Grund der Ihnen ausführlich dargestellten Bedenken , Anregungen und Überlegungen lehnt die FDP den vorgelegten Haushalt jedenfalls zum heutigen Zeitpunkt ab. Als Letztes in meiner Rede bleibt mir nur noch der ernsthafte Appell an die

Mehrheitsfraktionen in diesem Rat, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und den Haushalt, so wie er sich heute darstellt, ebenfalls abzulehnen und dem Kämmerer und dem Bürgermeister aufzugeben, bis März nächsten Jahres einen Haushalt vorzulegen, der auf der Ausgabenseite den von mir dargelegten Rahmen abbildet. Dieser wäre dann der Zustimmung seitens der FDP sicher.

Aber auch hier gilt der alte Satz : Demokratie ist Mehrheit, nicht Wahrheit.

In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.